

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Kleinsp.
Seite 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Pos-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

43. Jahrgang.

N^o 47.

Dienstag, den 21. April

1896.

Bekanntmachung.

Der Geburtstag Sr. Majestät des Königs Albert wird in diesem Jahre in herkömmlicher Weise nach folgendem Programme gefeiert werden:
Mittwoch, den 22. d. Mts., Abends 7 Uhr Papstkreuz,
Donnerstag, den 23. d. Mts., früh 6 Uhr Beckruf durch das hiesige Stadtmusikcorps,
Vormittags 10 Uhr Schulfest in der Turnhalle,
Nachmittags 1/2 Uhr Festmahl im Rathhaussaal.
Außerdem werden die städtischen und öffentlichen Gebäude Flaggenschmuck erhalten. Gleichzeitig ergeht an die gesammte Einwohnerschaft das Ersuchen, auch ihrerseits durch Beslaggen der Häuser oder auf sonstige Weise zu einer würdigen Feier dieses Tages nach Kräften beizutragen.
Eibenstock, den 15. April 1896.

Der Rath der Stadt.

In Vertretung:
Justizrath Landrod.

Graupner.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 15. d. Mts. weisen wir nochmals darauf hin, daß zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen nächsten
Donnerstag, den 23. April d. J., Nachm. 1/2 Uhr
ein Festmahl im Rathhaussaal stattfindet.
Diejenigen Herren aus Eibenstock und Umgegend, die sich hieran betheiligen wollen, werden mit dem Bemerken eingeladen, daß der Preis eines Gedeckes 3 Mark beträgt und die Anmeldungen hierzu bis zum 22. d. Mts. entweder in der Rathregistratur oder bei dem Rathhaushotelpächter Herrn Busch zu bewirken sind.
Eibenstock, am 20. April 1896.

Der Rath der Stadt.

Seffe.

Graupner.

Das Ladengeschäft.

Dem Erwerbseben droht wieder eine ernsthaft zu nehmende Gefahr. Die Kommission für Arbeiterstatistik, für welche bei ihrer Einrichtung durch Herrn von Böttcher und Herrn von Rottenburg im Reichstage ausdrücklich erklärt worden ist, es solle durchaus nicht ihre Aufgabe sein, gesetzgeberische Vorarbeiten oder Entwürfe zu machen, sie solle vielmehr nur auf Anweisung des Reichsanwalters den Thatbestand für bestimmte gewerbliche Verhältnisse ermitteln oder Vorschläge betreffs statistischer Aufnahmen und ihrer Durchführung machen, hat, obwohl dieses Programm in die sie freirende Verordnung und in die ihr erteilte Instruktion ausdrücklich Aufnahme gefunden hat, bereits ihre Kompetenz überschritten.
Merkwürdiger Weise sind durch das amtliche Organ der großherzoglich badischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung“, vor einigen Tagen „Vorschläge“ der Kommission für Arbeiterstatistik veröffentlicht worden, nach denen die Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften „geregelt“ werden sollen. Vielleicht läßt die Stelle dieser Veröffentlichung einen Schluss auf die Vaterhaft dieser „Vorschläge“ zu, indem es nicht unwahrscheinlich erscheint, daß sie den von den Sozialdemokraten so hoch gepriesenen badischen Fabrikinspektor zum Urheber haben. Aus den „Vorschlägen“ ist nicht ohne Weiteres ersichtlich, ob sie die Grundlage einer gesetzlichen Regelung bilden sollen, oder ob wieder, wie bei den Bäckereien und Conditoreien, die dem Bundesrat in der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 erteilte Vollmacht in Gebrauch genommen werden soll. Das mag zunächst dahin gestellt bleiben, denn jedenfalls wird es Sache der Öffentlichkeit, in erster Linie des Reichstages und der Presse sein, dafür zu sorgen, daß dieses neue sozialistische Experiment in den Papierkorb wandert. Von anderen Seiten sind bereits die Ungeheuerlichkeiten beleuchtet worden, die in diesen Vorschlägen enthalten sind, z. B. die Bestimmung, daß die Geschäftszeit für Ladengeschäfte von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends generell festgelegt werden soll, ferner die dem Ladenpersonal durchaus nachtheiligen Bestimmungen über Form und Inhalt des Dienstvertrages, welche die Ladenangestellten wahrscheinlich sehr bald zu Tagelöhnern machen würden, indem sich kein Prinzipal auf ein Dienstverhältnis von längerer Dauer mehr einlassen, sondern kein Ladenpersonal immer nur für einen Tag mit stillschweigender Verlängerung engagieren würde.
Wir verzichten darauf, hier näher zu erörtern, welche enorme Schädigung des Handelsverkehrs, des Publikums und der Angestellten vom grünen Tische mit diesen Vorschlägen droht, aber wir erheben prinzipiellen Widerspruch dagegen, daß die Kommission für Arbeiterstatistik noch ferner als Organ dient, um uns noch tiefer in sozialistische Experimente zu verwickeln, als ohnehin schon geschehen.
Von allen Seiten ist es mit dem Gefühl dankbaren Aufatmens begrüßt worden, als verkündet wurde, die Re-

gierung des Fürsten Hohenlohe verzichte darauf, die Wege ihrer unmittelbaren Vorgängerin zu wandeln und unreife sozialistische Forderungen in die Gesetzgebung überzuführen. Kein Stillstand und keine Rückrevision der sozialen Gesetzgebung solle eintreten, so ist vom Regierungstische im Reichstage verkündet worden, aber, so wurde als Versicherung hinzugefügt, auch keine Ueberreilung mit neuen Projekten. Vorerst müsse jedenfalls genügend Zeit gelassen werden, um das Erwerbseben mit dem Geschehenen sich abfinden zu lassen.

Wie stimmt es zu diesen Versicherungen, daß die Erwerbstätigkeit schon wieder durch derartige Projekte beunruhigt wird? Sogar von konservativer Seite ist bei der Auseinandersetzung mit den Christlich-Sozialen betont worden, es gehe nicht länger an, Sozialpolitik immer nur zu Gunsten der einen Seite zu betreiben. Hier, bei diesen Vorschlägen, handelt es sich doch aber auch nur wieder darum, einen Stand, der bisher im Großen und Ganzen den Lehungen der Sozialdemokratie widerstanden hat, so zu reglementiren, daß er diese Widerstandskraft einbüßen muß. Die Durchführung dieses Projektes würde zunächst die Folge haben, daß, womit wieder einmal Prinzipienfragen nach sozialdemokratischen Forderungen für eine bestimmte Art von Unternehmungen „geregelt“ würden, dieselben Forderungen für andere Arten von den Sozialisten aller Schattirungen mit um so größerem Nachdruck erhoben würden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zwischen der Reichsregierung und der Neu-Guinea-Kompagnie schweben zur Zeit Verhandlungen wegen Uebernahme von Kaiser Wilhelm-Land als Reichskolonie. Die Neu-Guinea-Kompagnie hat große Summen, eine erhebliche Anzahl von Millionen, für die Erschließung aufgewendet, auf deren wirtschaftliche Verwerthung sie sich fortan zu beschränken wünscht; während sie bisher auch die Verwaltung führte, würde in Zukunft das Verhältnis dasselbe sein, wie in den anderen Schutzgebieten, die von Reichswegen regiert werden, ein Verhältnis, das für private Erwerbsgesellschaften und einzelne Ansiedler das erwünschtere sein würde. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, doch gilt es als wahrscheinlich, daß ein auf die Angelegenheit bezüglicher Nachtragsetat dem Reichstage noch in dieser Session zugehen wird.

— Berlin. Am 19. Mai d. J. wird das I. Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 1 in Berlin die Feier seines fünfundsiebenzigjährigen Bestehens begehen. Es ist dies der Tag, an welchem im Jahre 1871 durch allerhöchste Kabinettsordre die Eisenbahntruppe überhaupt ins Leben gerufen wurde. Mit dem erwähnten Stiftungsfeste soll eine Erinnerungsfeier für alle diejenigen verbunden werden, welche den in den Festjagen 1866 und 1870/71 aufgestellt gewesenen Feld-Eisenbahnabteilungen angehört oder sonst in dienstlichen

Beziehungen zu denselben gestanden haben. Im Namen des Offiziercorps des Eisenbahnregiments Nr. 1 fordert Oberstlieutenant und Regimentskommandeur Schubert die vorbenannten Kriegsveteranen, ebenso wie alle diejenigen Offiziere, Sanitätsbeamten, Unteroffiziere und Mannschaften, welche dem I. Bataillon im aktiven oder beurlaubten Dienststande angehört haben, zur Theilnahme an der Feier auf und bittet, diese Bekanntmachung als förmliche Einladung betrachten zu wollen, da die Namen und gegenwärtigen Wohnungen sämtlicher Betheiligten nicht mit Sicherheit zu ermitteln waren. Zusagen werden an das Geschäftszimmer des Eisenbahnregiments Nr. 1 erbeten, worauf die Uebersendung des Festprogramms erfolgen wird.

— Oesterreich-Ungarn. In Wien hat am Sonnabend die vielumstrittene Bürgermeistereiwahl stattgefunden. Man meldet von dort vom 18. d.: Bei der heutigen Bürgermeistereiwahl waren sämtliche 138 Gemeinderäthe anwesend. Dr. Lueger wurde mit 96 Stimmen gewählt. Derselbe nahm die Wahl an. 42 Liberale stimmten für Gräßl. Auf die Frage des Regierungskommissars Dr. v. Friebeis, ob Dr. Lueger die Wahl annehme, antwortete Dr. Lueger mit einer längeren Ausführung, in welcher er zunächst hervorhob, er sei heute zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt. Bei zwei Wahlen habe die christliche Bevölkerung Wiens gezeigt, daß sie sich durch Beschimpfungen, Drohungen und Versprechungen nicht beirren lasse, und habe gezeigt, indem sie ihre Rechte mit der gesetzlichen Waffe des Stimmzettels verteidigte. Er spreche im Auftrage seiner Freunde und drücke zugleich in deren Auftrage dem christlichen Volke seinen Dank aus. Den Willen des Volkes solle auch die Regierung achten, umso mehr, als sie selbst das Volk gleichsam zum Richter angerufen habe, dessen Urtheil die Folge ruhiger Ueberlegung und klarer Erkenntnis der Lage des christlichen Volkes sei. Nicht um Personenkultus zu treiben, hätten seine Freunde für ihn gestimmt (Lachen rechts, Weisfall links), sondern um dem Willen des Volkes zu entsprechen. Er nehme die Wahl nicht aus Ehrgeiz, sondern in Erfüllung einer schweren Pflicht an. Er sei bereit gewesen, seine Person zum Opfer zu bringen, seine Freunde hätten dies indessen nicht angenommen, da sie anerkannt hätten, daß ein Festhalten an seiner Person gerade unter den jetzigen Verhältnissen mehr als je geboten sei. Die Wiener Bürgermeisterei sei nicht allein von rein ökonomischer, sondern von weittragender, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Die zur Zeit in Ungarn herrschende Partei versuche ihre Machtphäre weiter auszuweihen und mache sich einen ungebührlichen Einfluß auf die Verhältnisse Oesterreichs an, dem müsse ruhig aber entschieden entgegengetreten werden; Nachgiebigkeit in irgend einem Punkte werde unberechenbaren Schaden nach sich ziehen, die täglichen Schwähungen der maßgebenden ungar. Zeitungen gegen Wien ließen die Tragweite der Wiener Bürgermeistereifrage ermessen. Diese Frage sei kein Duell Boden-Lueger; das wäre ein kleinlicher Standpunkt, vielmehr ein Theil des großen Kampfes um die Befreiung des christlichen

Einladung.

Die hiesige Schule gedenkt den Geburtstag Sr. Maj. des Königs Albert durch eine Schulfestlichkeit zu begehen, die am
23. April 1896, vorm. von 10 Uhr ab
in der Turnhalle abgehalten werden soll. Zur Theilnahme an dieser Festlichkeit wird hierdurch namens des Lehrerkollegiums ergebenst eingeladen.

Schule Eibenstock,
den 20. April 1896.
Denhardt.

Dienstag, den 21. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr

soll im Versteigerungslocal des hiesigen Amtsgerichts 1 Kleiderschrank versteigert werden.

Eibenstock, den 20. April 1896.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht.
Aktuar Böhme.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 23. April d. J., am Tage des Geburtstages Sr. Majestät des Königs bleiben **sämmtliche Rathsexpeditionen geschlossen**. Das Standesamt ist an diesem Tage für dringende Angelegenheiten in der Zeit von 11—12 Uhr Vormittags geöffnet.

Eibenstock, den 15. April 1896.

Der Rath der Stadt.

In Vertretung:
Justizrath Landrod.

Graupner.